Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 1.75 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 8.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Chiffrebriefe 20 Pf.

Nr. 111. | Dresden, Freitag den 16. Mai 1919. | 30. Jahrg.

Braucht Frankreich das Saarrevier?

Von Otto Hue.

Gegenüber der in der französischen Regierungs- und Industriepresse mit Leidenschaft vertretenen Forderung, Frankreich müsse als Ersatz für die durch die Deutschen zerstörten nordfranzösischen Kohlengruben die Saargruben erhalten, muß von vornherein folgendes festgestellt werden: In dem von der revolutionären russischen Regierung veröffentlichten Geheimtelegramm Nr. 507 aus Petersburg an den russischen Botschafter in Paris, datiert vom 12. Februar 1916, ist bereits von dem „Wunsche Frankreichs" (Uebermittler dessen Vertreter Paumergue), ihm „nach Beendigung des jetzigen Krieges" auch „eine besondere Stellung für das Saarbecken zu sichern", die Rede! Damals war aber eine Zerstörung der nordfranzösischen Kohlenzechen durch Kriegshandlungen noch nicht eingetreten. Ferner ist in der Note Nr. 26 des russischen Auslandsministers vom 14. Februar 1917 an den französischen Botschafter in Petersburg auch dessen Forderung erwähnt, daß das ganze Eisenerzrevier Lothringens und das ganze Kohlenbecken des Saarbeckens in das französische Territorium einverleibt würde!

Aus diesen diplomatischen Aktenstücken erhellt unzweideutig, daß die französische Absicht, das Saargebiet zu annektieren, schon bestand, als die nordfranzösischen Kohlenzechen noch nicht annähernd in dem Umfange demoliert waren, wie dies nach dem Rückzug der deutschen Truppen im Jahre 1918 leider der Fall wurde. Ich habe mich bereits im Frühjahr 1915, gleich nachdem die alldeutsch imperialistischen Annexionsabsichten auf Nordfrankreich, Belgien und Longwy-Briey ruchbar wurden, mit aller Entschiedenheit in Wort und Schrift dagegen gewandt, habe in der Folge immer wieder, auch im Parlament, gegen die annexionistische Propaganda protestiert, die guten, auf natürlichen Verhältnissen beruhenden Beziehungen betont, die zwischen der französischen und der deutschen Bergwerks- und Hüttenindustrie seit langem vor dem Kriege bestanden und auf dieser Basis eine Verständigung ohne jede Annexion gefordert. Zwar wurde ich deswegen von unsern Annexionisten ziemlich unverblümt als „Interessenvertreter des feindlichen Auslandes" denunziert; aber dafür habe ich heute um so mehr das moralische Recht, die Annexion des Saarbeckens zu bekämpfen als einer Maßregel, die Deutschlands tiefkranke Volkswirtschaft lebensgefährlich schädigt, überdies die französische Kohlennot nicht beseitigt und dem von uns akzeptierten Wilsonprogramm in der denkbar schärfsten Weise widerspricht.

Nun zu der Bedeutung der Saarkohlen für die französische Volkswirtschaft.

Frankreichs Steinkohlenförderung belief sich 1913 auf 40,06 Millionen Tonnen, von denen etwa 27 aus den Bezirken Pas de Calais und Nord stammten. Einer Ausfuhr von nur 1,22 Millionen Tonnen stand eine Einfuhr von rund 20 gegenüber, wovon 11,25 aus England, 3,67 aus Belgien, 7,49 aus Deutschland kamen. Von dem französischen Kohlenverbrauch, der sich auf rund 60 Millionen Tonnen bemaß, wurden aber aus dem preußischen Saargebiet nur 0,958 Millionen Tonnen importiert, während das Ruhrgebiet allein 2,12 lieferte (Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat). Das Saargebiet war somit an der Kohlenlieferung nach Frankreich nur in einem ganz geringen Maße beteiligt, trotz der geographisch günstigen Lage. Dafür sind wichtige technisch-wirtschaftliche Gründe entscheidend, die auch heute noch fortbestehen.

Der durch die Demontierung der nordfranzösischen Gruben entstandene einstweilige Förderausfall wird von einem holländischen Autor auf 20 Millionen Tonnen jährlich beziffert. Ob das zutrifft, ist ungewiß; jedenfalls aber ist dieser Ausfall kein dauernder. Nach einigen Jahren kann er schon bedeutend geringer sein, da die Gruben wieder betriebsfähig gemacht werden sollen. Nehmen wir an, Frankreich benötigte alsbald wieder die Kohlenmengen von 1913 und hätte vorerst mit 20 Millionen Tonnenminus im Norden zu rechnen, dann müßte es rund 40 Millionen Tonnen Steinkohlen einführen, wozu noch etwa drei Millionen für Elsaß-Lothringen kämen. Diesen Bedarf kann es aus dem preußischen und pfälzischen Saargebiet bei weitem nicht decken! Dessen Kohlenförderung stellte sich 1913 nur auf 14 Millionen Tonnen, wovon natürlich der Selbstverbrauch noch abgeht.

Mithin fehlten Frankreich, auch wenn es die ganze Saarförderung für sich verbrauchte und dazu die früheren Mengen aus England und Belgien bezöge, immer noch zirka 14 bis 15 Millionen Tonnen für seinen Inlandsbedarf. Nun tragen sich aber die französischen großkapitalistischen Montanindustriellen mit großen Plänen hinsichtlich der enormen Ausnutzung der lothringischen Eisenerzlager zwecks gewaltiger Erhöhung der Roheisen- und Stahlerzeugung. Man will die Eisenerzeugung, die 1913 schon 5,3 Millionen Tonnen betrug, rasch auf mindestens das Doppelte, wenn nicht auf das Dreifache erhöhen, wofür allerdings die reichen Erzlager die notwendige Unterlage bieten. Geschieht dies jedoch, dann steigt auch der Kohlenbedarf um ein sehr Bedeutendes. Namentlich wächst dann der Bedarf an Hüttenkohlen (Kokskohlen, Koks) ganz gewaltig.

Hier wird aber das Saargebiet erst recht versagen! Es besitzt nämlich nur in geringem Maße verkokbare Fettkohle. Die ganze Koksproduktion des preußisch-fiskalischen Saarbeckens betrug 1913 nur 1,640 Millionen Tonnen, während Frankreich damals, um seine relativ geringe Erzverhüttung durchführen, schon 3,070 Millionen Tonnen Koks einführen mußte! Davon kamen allein 2,250 von der Ruhr. Selbst seinen Bedarf an Auslandskoks gleich 1913 kann Frankreich nicht entfernt aus dem Saargebiet decken. Von seiner eigenen Kokserzeugung (1913: 4,027 Millionen Tonnen) kamen 3 Millionen aus Nordfrankreich, von wo es einstweilen dieselbe nur ein Viertel beziehen kann. Will es sein Eisenhüttenwesen rasch in der gedachten Weise steigern, so würde sich sein Koksbedarf jährlich recht bald auf mindestens 14 bis 15 Millionen Tonnen erhöhen. Diese Menge kann aber nur zu einem relativ kleinen Teile das Saargebiet liefern!

Deutschland wäre imstande, wenn es nicht durch einen Gewaltfrieden an Händen und Füßen gelähmt wird, der französischen Volkswirtschaft die nötigen Kohlen zu liefern zu Bedingungen, durch welche auch der von uns anzuerkennenden Entschädigungspflicht gegenüber Frankreich Genüge geleistet würde. Insbesondere könnten wir uns bereit erklären, die französische Verhüttungsindustrie mit dem nötigen guten Hüttenkoks (rheinisch-westfälischem) zu versorgen. Die Behauptung, die Annexion der Saarkohlengruben sei eine französische Lebensnotwendigkeit, ist also unzutreffend, zumal wenn man die seitens der Annexionisten in den Vordergrund gestellten Bedürfnisse der französischen Verhüttungsindustrie ins Auge faßt. Von diesem Tatbestand ausgehend, muß die Frage, ob Frankreich die Annexion des Saargebiets vornehmen muß zum Aufbau und zur Entwicklung seiner Volkswirtschaft, glatt verneint werden. Deutschland wird sich nicht weigern, an Frankreich die erforderlichen Kohlen- und Koksmengen zu vereinbarten Entschädigungsbedingungen zu liefern. Die Annexion des Saarbeckens entspringt lediglich einem privatkapitalistischen Bedürfnis, das sich der chauvinistischen Revanchehetze als Vorspann bedient. Der vorerwähnte russisch-französische Notenwechsel beweist dies zur Genüge.

Nimmt man hinzu, daß das Saargebiet ein reindeutsches Land von altersher ist, die auf das Saargebiet bezüglichen Teile des Friedensdiktats also eine neue internationale Gefahrenquelle erster Ordnung schaffen wird; zieht man ferner in Betracht, daß uns neben dem Saargebiet auch Oberschlesien, zusammen mit einem Drittel unsrer Steinkohlenförderung (d. h. weit mehr als unser ganzer Steinkohlenexport in den besten Jahren betrug!), daß uns ferner Lothringen mit über 70 Prozent unsrer Eisenerzförderung und das Elsaß mit einem gewaltigen Teil unsres Kalisalzvorkommens, daß uns weiter große lebensnötige landwirtschaftliche Produktionsgebiete im Osten, auch unsre Handelsflotte verloren gehen sollen, dann muß man sich fragen, ob denn die Verfasser des Friedensdiktats auch nur einen Augenblick glauben können, ein so entsetzlich sabotierter Wirtschaftskörper sei noch lebensfähig, erschwinge denn, daß die außerdem aufgestellten ungeheuerlichen Entschädigungsansprüche erfüllt werden könnten? Was uns, die wir ohnehin schon furchtbar ausgepowert sind, von Versailles aus zugemutet wird, das können wir nicht erfüllen. Wer anders urteilt, täuscht sich selbst und die Welt. Eine wie immer erzwungene „Unterschrift des Vertrags" könnte an dieser furchtbaren Wirklichkeit auch nicht ein Jota ändern.

An die Genossenschafter aller Länder!

Der von den Vertretern der Verbandsmächte in Versailles den Vertretern des deutschen Volkes vorgelegte **Friedensvertrag** verstößt als Ganzes wie in zahlreichen Einzelheiten in so unerhörter Weise gegen alle genossenschaftlichen Anschauungen, Grundsätze und Bestrebungen, daß er den **allerschärfsten Widerspruch** nicht nur der deutschen, sondern **aller aufrichtigen Genossenschafter der ganzen Welt** hervorrufen muß.

Aus deutschem Gebiete sollen große Teile alten deutschen Kulturlandes mit unzweifelhaft rein deutscher Bevölkerung wider deren Willen und unter schlimmster Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen herausgerissen, jahrhundertealte wirtschaftliche und politische Zusammenhänge sollen gewaltsam zerstört, und das deutsche Volk, soweit es nicht irgendeinem Staate zwangsweise zugeteilt wird, soll auf unabsehbare Zeit zum Profitsklaven des schrankenlosen imperialistisch-unersättlichen Kapitalismus erniedrigt werden.

Ein solcher „Friede" würde den geplanten Völkerbund zu einem widerwärtigen Zerrbilde einer Völkergenossenschaft herabwürdigen und der Ausbreitung des Genossenschaftsgedankens unüberwindliche Hindernisse bereiten. Wie in der einzelnen Genossenschaft die völlige demokratische Gleichberechtigung aller Mitglieder die Voraussetzung ihres gedeihlichen Wirkens ist, so kann auch im Bunde der Völker nur auf der Grundlage einheitlicher wirtschaftlicher Existenzbedingungen und politischer Rechte der Genossenschaftsgedanke sich fruchtbar betätigen und den friedlichen Wettbewerb der Völker in segensreicher Kulturarbeit sichern.

Die **Genossenschaftsbewegung ist antikapitalistisch**; ein Friede, der ein Volk von 65 Millionen Menschen ungehemmter, dauernder kapitalistischer Ausbeutung preisgibt und ihm zugleich alle Möglichkeit raubt, sich aus dieser Abhängigkeit freizumachen, muß daher als genossenschaftsfeindlich gebrandmarkt werden. Er würde vor allem dem entrechteten deutschen Volke die genossenschaftliche Umgestaltung seiner Volkswirtschaft, deren es zur Erlösung aus seiner Not dringend bedarf, geradezu verbieten.

Die deutschen Konsumgenossenschaften wissen sich eins mit dem ganzen deutschen Volke und bekunden diese Uebereinstimmung ausdrücklich, wenn sie erklären, daß der unter Mißbrauch des vom deutschen Volke den Gegnern entgegengebrachten Vertrauens, unter hinterhältigem Bruch gegebener Zusicherungen und im Widerspruch mit Gerechtigkeit und Vernunft geplante **Gewaltfriede einen Hohn auf das genossenschaftliche Ideal der Völkerversöhnung und des Weltfriedens** und eine dauernde, unerträgliche Gefahr für diese darstellt, deren Abwendung sittliche Pflicht aller human und ehrlich denkenden Menschen und Völker ist.

Zentralverband Deutscher Konsumvereine.
Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H.
Der Konsumgenossenschaftliche Arbeitsausschuß zu Hamburg.

Prinzipientreue Politik.

Jemand, der bisher gewohnt war, seine politische Ansicht nach der Meinung der Unabhängigen und ihrer Presse zu orientieren, klagt uns sein Leid. Er hat auch jetzt versucht, zur Friedensfrage Stellung zu gewinnen, indem er das Zentralorgan der Unabhängigen, die Freiheit, die offiziellen Erklärungen der Partei, die Reden ihrer Parlamentsvertreter Haase und Adolf Hoffmann studierte, aber seine Bemühungen haben vollkommen Schiffbruch erlitten.

Zunächst, so teilt uns der Betreffende mit, suchte ich mich über den wirklichen Charakter der Friedensbedingungen zu orientieren. In der Freiheit las ich zunächst, der Vertrag sei vom imperialistischen Standpunkt aus „recht maßvoll" und ich glaubte das. Aber wenige Tage später erschien der Aufruf sämtlicher Parteiinstanzen der U. S. P., der die Friedensbedingungen mit den Worten kennzeichnet: „Das Wirtschaftsleben wird erwürgt, das deutsche Proletariat versklavt." — Ich sollte nun also glauben, daß wir recht maßvoll erwürgt und versklavt würden. Das gelang mir nicht.

Besonders interessierten mich die mutmaßlichen Wirkungen der Friedensbedingungen auf die Sozialisierung. Da las ich in der Freiheit einen Artikel des Professor Ballod, der zum Ausdruck brachte, daß die Sozialisierung es ermöglichen würde, die Bedingungen der Entente spielend zu erfüllen. Aber genau 24 Stunden vor diesem Artikel hatte die Freiheit geschrieben, daß diese Bedingungen die Grundlagen zertrümmere, auf denen allein der Sozialismus aufgebaut werden könne. Wiederum konnte ich nicht verstehen, wie uns der Sozialismus über die schweren Bedingungen hinwegbringen könnte, wenn eben diese Bedingungen seine Einschnürung möglich machten.

Von höchster Wichtigkeit schien mir natürlich die Frage, ob man diesen Frieden, der uns maßvoll erwürgt, unterzeichnen solle. Da las ich zunächst an der Spitze der Freiheit in zollhohen Buchstaben: „Wir müssen unterzeichnen". Seitdem träumte ich nur noch davon, wie Hugo Haase, Oscar Cohn und Rudolf Breitscheid mit dem Federhalter in der Hand ihre Namen unter den Friedensvertrag setzten. Um so erstaunter war ich dann, aus dem Munde Haases zu erfahren, daß diese für das Unterzeichnen so eingenommenen Herren es selber auf das Heftigste ablehnten, etwa die Regierung zu übernehmen und die Unterschrift unter den Vertrag zu setzen, falls die jetzige Regierung sich dessen weigert. Auch das geht über meinen Horizont.

Besonders unverständlich war mir folgendes: Zu Beginn hatte die Freiheit gedroht, daß die Regierung, wenn sie nicht unterzeichne, in wenigen Tagen davongejagt werden würde. Jetzt schrieb sie: wir lassen uns nicht verlocken, die Regierung zu übernehmen und zu unterzeichnen, damit wir gleich darauf von nationalistisch erregten Massen davongejagt werden. Eins kann doch nur stimmen: entweder wird die Regierung davongejagt, weil sie nicht unterzeichnet oder weil sie unterzeichnet. Aber beides anzunehmen, das scheint mir ein unlöslicher Widerspruch. Den Gipfel jedoch erreichte meine Ratlosigkeit, als ich die Erklärung der Unabhängigen in der preußischen Landesversammlung las. Da hieß es zunächst: Hinweg mit dieser Regierung! Hinweg mit den kompromittierten Männern! Erst dann wäre eine Milderung der Friedensbedingungen auch von den jetzigen Regierungen der Gegner zu erwarten.

Ich nahm also an, daß es heiligste Pflicht sei, die jetzige Regierung noch vor Friedensschluß davonzujagen und traf alle Anstalten, dabei mitzuwirken. Wie erstaunt war ich jedoch, in derselben Resolution wenige Zeilen später zu finden, daß die U. S. P. von der Regierung verlangt, sie habe an ihrem Platze zu bleiben, den Krieg abzuschließen und den Friedensvertrag zu unterzeichnen!

Nun bitte ich jemanden um Rat: Wie kann man gleichzeitig rufen: „Hinweg mit der Regierung" und trotzdem im selben Atem verlangen, daß die Regierung unbedingt auf ihrem Platze zu bleiben hat? Wie kann man die Menge auffordern, die Regierung zu stürzen, damit eine andre Regierung mildere Friedensbedingungen erhält, gleichzeitig aber fordern, daß diese Regierung und keine andre den Friedensvertrag unterschreiben soll? **Wo bleibt da die Logik, wo bleibt da der Verstand, wo die Konsequenz einer Partei, die sich so viel auf ihre zielbewußte und prinzipielle Politik zugute tut?!**

Zu unserm Bedauern können wir diese Frage auch nicht beantworten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190516/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG